

21. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

7./8. Dezember 2002, Hannover, Eilenriedehalle

Grüne

Beschluss

Grün wirkt weiter: Wir modernisieren nachhaltig und gerecht!
Koch muss weg und Gabriel braucht grüne Flügel!

Am 22. September haben die Wählerinnen und Wähler uns einen klaren Auftrag erteilt. Die ökologische und soziale Modernisierung sollte fortgesetzt und weitere Reformen energisch angepackt werden. Im Zentrum der grünen Politik stehen die ökologische Modernisierung, der Verbraucherschutz, die Politik für Eltern und Kinder, u.a. durch bessere Kinderbetreuung, die Reform der sozialen Sicherungssysteme, Verbesserungen für Existenzgründer und den Mittelstand, Haushaltskonsolidierung und Stärkung der kommunalen Finanzen, eine sozial gerechte und zugleich flexible Arbeitsmarktpolitik, die Integration und die demokratische Beteiligung für alle und schließlich die gerechte Globalisierung als Leitbegriff der Außenpolitik.

Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie sind die Grundwerte, die wir in unserem Grundsatzprogramm dargelegt haben. Gerechtigkeit heißt für uns Zugangsgerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Damit verfügen wir über einen Kompass für die Modernisierung unseres Landes. Auch bei Rückschlägen in der Koalition gilt: Wir sind der Reformmotor. Wir geben der Modernisierung eine Richtung.

Bedingt durch die Krise der Weltkonjunktur und verstärkt durch spezifisch deutsche Strukturprobleme, wie die erfolgte Finanzierung der deutschen Einheit zu Lasten der Sozialversicherung, haben wir eine akute Haushaltskrise auf allen staatlichen Ebenen zu bewältigen. Wir haben uns gegen die Politik des Schuldenstaates und gegen den bequemen Weg von Steuer-



erhöhungen etwa durch die Mehrwertsteuer entschieden. Die rot-grüne Bundesregierung bewältigt die Haushaltskrise durch einen Dreiklang von Einsparungen, Subventionsabbau und einer auf 3,4 Milliarden begrenzten zusätzlichen Neuverschuldung. Das ist ein Notprogramm, mit dem wir die Krise bewältigen und so die Grundlage für weitere Strukturreformen schaffen. Einsparungen und Abbau von Subventionen sind nie bequem. Das Sparpaket ist schmerzhaft. Es ist in der Summe aber sozial ausgewogen. Der Aufschrei der Lobbyisten war zu erwarten, kann aber eine reformbereite Regierung nicht aufhalten. Insbesondere begrüßen Bündnis 90/Die Grünen die Wiederherstellung der Steuerzahlung von Unternehmen, die Gewinne machen und die Kontrollmitteilungen bei den Banken. Das ist ein wichtiger Schritt zur Herstellung von Steuergerechtigkeit.

CDU/CSU haben bisher keinerlei Alternativen genannt. Sie sagen Nein zum Sparpaket und sie sagen nicht, wie sie die Haushaltskrise bei Bund, Ländern und Gemeinden angehen wollen. Das ist Oppositionsversagen. Eine solche Totalverweigerung bedeutet entweder auf Steuererhöhungen zu spekulieren oder die Haushaltskonsolidierung aufzugeben. Merkel, Koch und Stoiber ergießen sich in allgemeiner Wachstumsbeschwörung und bekennen sich noch immer zu ihrem Sofortprogramm, das in 100 Tagen 20 Mrd. Euro zusätzliche Schulden bedeutet hätte.

Gerade weil die Opposition keine politischen Alternativen hat, stellt sie in einer organisierten Kampagne die demokratischen Institutionen in Frage. Begriffe wie Steuerterror, die Aufforderung Finanzämter lahmzulegen, die Mobilisierung des selbsternannten gesunden Menschenverstandes gegen den Staat, sowie die Beleidigung und Schmähung von Regierung und Kanzler sind der gefährliche Versuch, die Angst und die Verunsicherung der Menschen gegen den Staat und die Politik überhaupt zu mobilisieren. Bündnis 90/Die Grünen werden es nicht zulassen, dass von durchgedrehten Konservativen unsere Verfassungsinstitutionen beschädigt werden. Demokratie lebt von der Kritik. Sie muss Protest aushalten und verstehen. Doch was Teile der Konservativen gerade abliefern, ist vordemokratisches Mobbing unserer Demokratie.

Wir sagen den Menschen klar, wie die Lage ist. Es liegen schwierige Jahre vor uns. Das Sparpaket ist ein Notprogramm. Strukturreformen müssen und werden folgen. Das Hartzkonzept verbessert die Vermittlung Arbeitsloser und ist ein wichtiger Beitrag gegen die Schwarzarbeit. Die Gesundheitsreform muss mehr Qualität und Transparenz bringen. Nur so kann die solidarische medizinische Versorgung aller gewährleistet werden. Dazu gehört auch die Reform der kassenärztlichen Vereinigungen. Nicht der Profit der Leistungserbringer darf im Vordergrund stehen, sondern die gute Versorgung der Patientinnen und Patienten. Die Rürup-Kommission wird weitere Reformvorschläge für das Gesundheits- und das Rentensystem machen. Die hohen Lohnnebenkosten müssen nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen sinken, weil sonst die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut werden kann. Und die Systeme müssen zukunftstauglich werden, indem sie Veränderungen beim Altersaufbau der Bevölkerung stärker berücksichtigen. Bündnis 90/Die Grünen stehen für ein Konzept der Bürgerversicherung, das auf der Grundlage der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage beruht. Selbstständige und Beamte sollen in die Bürgerversicherung einbezogen werden. Neben der Ökosteuer, die

wir fortsetzen wollen, sind auch andere Einkunftsarten, z.B. aus Kapital und Zinserträgen einzubeziehen. Reformen, die Investitionen insbesondere von Existenzgründern und Klein- und Mittelbetrieben erleichtern, müssen dieses Reformpaket ebenso ergänzen, wie eine Reform der kommunalen Finanzausstattung. Die Investitionsfähigkeit der Gemeinden ist ein entscheidender Faktor in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Gesellschaftspolitische Reformen wie die Zuwanderung, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder weitere Schritte in der Integrationspolitik, sind unverzichtbarer Bestandteil unserer Modernisierungsstrategie. Grün wirkt weiter – Reformen sind unverzichtbar.

Roland Koch in Hessen beabsichtigt erneut Ministerpräsident in Hessen werden. Es ist schon dreist, wie dieser Lügenbaron der schwarzen Kassen sich nun zum Chefankläger eines Untersuchungsausschusses stilisiert. Schäbig ist sein Vorhaben, mit einer Anti-Türkei-Kampagne Stimmung gegen Rot-Grün zu machen. Bündnis 90/Die Grünen werden es nicht zulassen, dass erneut mit einer Schmutzkampagne versucht wird die hessischen Landtagswahlen zu gewinnen. Koch will nicht nur die europäische Perspektive der Türkei zerstören, die eine Perspektive der Demokratisierung und der Stabilisierung einer sehr fragilen Region ist. Er betreibt sein Wahlkampf kalkül auch zu Lasten der in Deutschland lebenden türkischen und kurdischen Bevölkerung. Das ist die brutalstmögliche Aufkündigung jeglicher Integrationspolitik.

Christian Wulff, der CDU-Bewerber in Niedersachsen, hat eigenes Profil oder neue Ideen nicht zu bieten. Seine einzige Hoffnung ist bundespolitischer Rückenwind. Weil die SPD so viele Menschen enttäuscht hat, will Wulff profitieren. Er verspricht dabei alles und jedes und pflegt exakt den gleichen taktischen Umgang mit der Wahrheit, den die CDU der SPD im übrigen vorwirft. Aber auch die seit 1994 alleinregierende SPD hat es nicht vermocht, eine gerechte Politik für die Menschen in Niedersachsen zu gestalten. Eine verkorkste Schulreform und Studiengebühren an den Hochschulen bewirken soziale Aussonderung statt Zugangschancen für viele Jugendliche. Auch floriert zwischen Ems und Elbe vor allem die Parteibuchwirtschaft, und die schafft keine neuen Arbeitsplätze. Nur die Grünen stehen für eine geradlinige und gerechte Politik in Niedersachsen. Wir wollen deshalb starke Grüne in einer rot-grünen Landesregierung.

Bündnis 90/Die Grünen haben für den 2. Februar 2003 ein klares Ziel: Koch muss weg und Gabriel braucht grüne Flügel.